

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 2435
Fax (0202)	563 8111
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	09.03.2009

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld (SI/7447/09) am 04.03.2009

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bezirksbürgermeister Hans Jürgen Vitenius:**

von der CDU-Fraktion

Herr Franz-Josef Kirch, Herr Stefan Kleusch, Frau Andrea Knorr, Herr Joachim Knorr, Herr Karl-Heinz Kriegelstein,

von der SPD-Fraktion

Frau Karin Ernst, Herr Stv. Thomas Kring, Frau Ursula Kring, Herr René Schunck,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Dieter Lüdemann, Herr Dirk Wallraf,

von der WfW-Fraktion

Herr Ralf Michael Erich Streuf,

von der Ratsgruppe DIE LINKE

Herr Cemal Agir, Herr Jörg-Henning Schwerdt,

als fraktionsloses Mitglied

Herr Dirk-Henrik Hülper,

als Vertreter des Oberbürgermeisters

Herr Geschäftsbereichsleiter Matthias Nocke,

vom Bezirksjugendrat

Amina Ferati,

von der Presse

Herr Görgens – WZ .

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Hans-Peter Degen,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Stv. Gerta Siller.

Schriftführerin:

Erika Wawersig

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

Öffentliche Sitzung

1

Bezirksjugendrat

Amina Ferati berichtet, dass der BJR Elberfeld ein Filmprojekt zum Thema „Mobbing“ plane.

Der **Bezirksbürgermeister** bietet finanzielle Hilfe durch die BV an, wenn dies erforderlich und gewünscht werde. Dann müsse zur nächsten Sitzung ein entsprechender Antrag vorliegen.

2

Stadtentwicklung und Einzelhandel in Wuppertal: Entwicklung der Elberfelder Innenstadt / Arbeitspapier der Arbeitsgruppe Einzelhandel

Vorlage: VO/0028/09

Der **Bezirksbürgermeister** verweist auf die Veranstaltung am 25.02., auf der die Verwaltung das Arbeitspapier zur Innenstadt Elberfeld vorgestellt habe. Die Beratung dieses Papiers werde zusammen mit einer neuen Vorlage der Verwaltung auf der nächsten Tagesordnung stehen.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** möchte in diesem Zusammenhang wissen, was aus den Vorschlägen aus dem Projekt der Realschule Neue Friedrichstraße bezüglich des Gebäudes Koch am Wall geworden sei.

3

Sanierungssatzung Stadtumbau West/Soziale Stadt

Vorlage: VO/0119/09

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** freut sich darüber, dass die Finanzierung von Teilen des Programms nunmehr doch sichergestellt sei und gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass auch die anderen Projekte finanziert werden könnten. Sie verweist dazu auf die Protestveranstaltung am 17. März.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1.

Die Sanierungssatzung „Stadtumbau West – Impulse und Innovationen für gründerzeitliche Stadtteile in Wuppertal“ vom 03.03.2005 wird geändert. Die Änderung beinhaltet die Erweiterung des Satzungsgebietes um die Bereiche Ostersbaum, Wichlinghausen - Nord und –Ost sowie die innerstädt. Abschnitte der ehem. Nordbahntrasse (heute: Werner-Jackstädt-Weg).

Darüber hinaus werden die bisherigen Teilbereiche „Elberfelder Nordstadt“ und „Arrenberg“ zusammengefasst.

Die Erweiterungs- und Änderungsbereiche sind in dem beigef. Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2.

Die Satzung erhält die neue Bezeichnung: „Sanierungssatzung Stadtumbau West und Soziale Stadt einschl. Nordbahntrasse („Werner-Jackstädt-Weg“). Sie besteht nunmehr aus den Teilbereichen

- Elberfelder Nordstadt / Arrenberg einschl. Nordbahntrasse bis Tunnel Dorp
- Ostersbaum einschl. Nordbahntrasse bis Tunnelstr.
- Oberbarmen Wichlinghausen einschl. Nordbahntrasse ab Tunnelstr.
- Unterbarmen (unverändert)

3.
Für die Änderungssatzung wird das sog. „Vereinfachte Sanierungsverfahren“ gem. § 142 Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) beschlossen, welches auch bereits für die derzeit rechtskräftige Fassung gilt. Danach werden die weitergehenden sanierungsrechtlichen Vorschriften des § 144 BauGB (Genehmigungspflichtige Vorhaben und Rechtsvorgänge) ausgeschlossen.

4.
Gem. §142 Abs. 3 Satz 2 BauGB wird für die Durchführung der mit der Satzung beschriebenen städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen und –projekte ein Zeitraum von 10 Jahren, beginnend ab der Rechtskraft der Satzung, festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**4 Bebauungsplan Nr. 718A - Stadthalle -
3. Änderung des Bebauungsplans
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/0004/09**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die vorgebrachten Stellungnahmen zur 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 718A – Stadthalle – mit dem Geltungsbereich, wie in der Anlage 05 im Übersichtsplan näher kenntlich gemacht, werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung behandelt (Anlage 02).
2. Der Bebauungsplan Nr. 718A – Stadthalle –, 3. Änderung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die Begründung ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB in Verbindung mit § 2a BauGB als Anlage 03 beigefügt. Das Bebauungsplanverfahren wurde im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**5 Bebauungsplan Nr. 1111 - Moritzstr. / Friedrich-Ebert-Straße -
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/0005/09**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die vorgebrachten Stellungnahmen zu dem Bebauungsplan Nr. 1111 – Moritzstraße / Friedrich-Ebert-Straße – mit dem Geltungsbereich, wie in der Anlage 03 verbal beschrieben und in der Anlage 05 im Übersichtsplan näher kenntlich gemacht, werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung behandelt (Anlage 02).
2. Der Bebauungsplan Nr. 1111 – Moritzstraße / Friedrich-Ebert-Straße –

wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB in Verbindung mit § 2a BauGB ist als Anlage 03 beigelegt. Das Bebauungsplanverfahren wurde im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**6 Bebauungsplan Nr. 1125 - Tannenbergsstraße -
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/0006/09**

Herr Streuf würde es begrüßen, wenn der alte Baum auf dem Grundstück erhalten bleiben könne.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die vorgebrachten Stellungnahmen zu dem Bebauungsplan Nr. 1125 – Tannenbergsstraße – mit dem Geltungsbereich, wie in der Anlage 02 verbal beschrieben, werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung behandelt (Anlage 04).
2. Der Bebauungsplan Nr. 1125 – Tannenbergsstraße – wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die Begründung ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB in Verbindung mit § 2a BauGB als Anlage 02 beigelegt. Das Bebauungsplanverfahren wurde im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**7 Bebauungsplan Nr. 1130 - Friedrich-Ebert-Straße / südlich Treppenstraße -
- Offenlegungsbeschluss -
Vorlage: VO/0033/09**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt südlich der Friedrich-Ebert-Straße und nördlich der Wupper. Im Osten wird der Bereich begrenzt durch eine Linie entlang der Grundstücksgrenze zu Hausnummer Friedrich-Ebert-Straße 121 und im Westen durch eine Linie entlang der Grundstücksgrenze zu Hausnummer Friedrich-Ebert-Straße 139 ohne die Flurstücke der Hausnummern 133-137 (s. Anlage).
2. Die Offenlegung des Bebauungsplanes Nr. 1130 – Friedrich-Ebert-Straße / südlich Treppenstraße – wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für den unter

Punkt 1. genannten Geltungsbereich beschlossen. Der Bebauungsplan soll nur Festsetzungen nach § 9 Abs. 2a BauGB enthalten. Das Bebauungsplanverfahren wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**8 Bebauungsplan Nr. 1138 - Hofkamp / Hofaue -
- Aufstellungsbeschluss -
Vorlage: VO/0109/09**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst den Baublock zwischen Hofkamp im Norden, Wupperstraße im Osten, Hofaue im Süden und Bembergstraße im Westen. Der Geltungsbereich ist als Zeichnung in der Anlage 01 dargestellt.
2. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1138 – Hofkamp / Hofaue – wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB für den unter Punkt 1 genannten Geltungsbereich beschlossen. Das Bebauungsplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**9 Bebauungsplan Nr. 1068 - Bayreuther Straße / Briller Straße -
- Anordnung einer Veränderungssperre -
Vorlage: VO/0022/09**

Herr Streuf ist der Meinung, dass bei einer angepassten Reklame durchaus ein McDonald-Restaurant an diesem Ort möglich sein müsse.

Die **SPD-Fraktion** freut sich dagegen über die Veränderungssperre. Sie lehnt ein Schnellrestaurant vor allen Dingen wegen der dadurch ausgelösten erheblichen Verkehrsproblematik in diesem Bereich ab.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** befürchtet, dass bei einer Eröffnung von McDonald etliche Imbissbuden auf dem Ölberg schließen müssten.

Der **Bezirksbürgermeister** berichtet, er habe die Information, dass es eine vertragliche Vereinbarung der Verwaltung mit dem Grundstückseigentümer gebe, die Betriebe dieser Art ausschließe. Wenn das so sei, müsse sich die Politik eigentlich nicht mit diesem Thema befassen. Er bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung zur nächsten Sitzung.

Die Vorlage wird ohne Beschluss entgegen genommen.

Herr Braun – R Bauen und Wohnen – teilt auf Nachfrage nach der Sitzung mit, dass es zwar eine Vereinbarung dieser Art mit dem Grundstückseigentümer gebe; diese habe aber keinen bindenden Charakter und sei auch nicht einklagbar, sodass in jedem Fall der Erlass einer Veränderungssperre erforderlich sei, um ein Schnellrestaurant dort zu verhindern.

**10 Parkscheibenregelung für 3 PKW-Stellplätze in der Straße Ostersbaum
Vorlage: VO/0105/09**

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** lehnt den Vorschlag wegen des großen Parkdrucks in diesem Bereich ab.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Im Bereich Ostersbaum 62-64 werden drei Stellplätze tagsüber zeitlich befristet mit Parkscheibe bewirtschaftet.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 2 Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen)

**11 Parkplätze Briller Straße
Vorlage: VO/0156/09**

Die **SPD-Fraktion** hat immer noch leichte Bedenken wegen der Linksabbiegemöglichkeit für Taxen und der damit verbundenen Überquerung von zwei Fahrspuren und regt eine einjährige Probephase für diese Maßnahme an. Bei einer Häufung von Unfällen in dieser Zeit bittet sie um Unterrichtung der BV.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Neuaufteilung des ruhenden Verkehrs auf der nordöstlichen Seite der Briller Straße zwischen Friedrich-Ebert-Straße und Bushaltestelle Deweerthscher Garten wird gemäß Verwaltungsvorschlag (Anlage 03) probeweise für die Dauer eines Jahres beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

12 Straßenbenennung Steinenfeld

Die **CDU-Fraktion** hält eine Umbenennung nicht für erforderlich.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** befürwortet eine Umbenennung unter Einschließung des Platzes und bittet die Verwaltung um einen Namensvorschlag, möglichst einer Frau.

Nach kurzer Diskussion fasst der **Bezirksbürgermeister** zusammen, dass nach

Auffassung der BV z. Z. kein akuter Handlungsbedarf bestehe. Sollte die Verwaltung dies anders sehen, müssten auf jeden Fall die Anwohner zu einer Umbenennung befragt werden.

13 Benennung einer Treppe im Deweerth-Park

Die **SPD-Fraktion** spricht sich grundsätzlich für die Benennung der Treppe nach Peter Lenné aus, möchte einen entsprechenden Beschluss aber erst nach der Umgestaltung des Parks fassen.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** ist dafür, die Benennung bereits jetzt durchzuführen. Es sei nicht absehbar, wann die gesamte Maßnahme abgeschlossen sein werde.

Die **CDU-Fraktion** spricht sich auch für eine Verschiebung der Benennung aus.

Die **SPD-Fraktion** schlägt als Kompromisslösung vor, mit einer Benennung zu warten, bis nach den für Ende d. J. zu erwartenden Bewilligungsbescheiden des Landes endgültig klar sei, wann umgebaut werde.

Die **BV** einigt sich auf eine Zurückstellung der Treppenbenennung nach Peter Lenné bis mindestens Ende des Jahres.

14 Veranstaltung eines Fischmarktes

Alle Fraktionen und **Einzelmitglieder** außer **Herrn Agir** lehnen diese Veranstaltung auf dem Laurentiusplatz vehement ab, wobei die CDU-Fraktion und Herr Hülper sich eine Veranstaltung dieser Art durchaus auf anderen Plätzen, beispielsweise an der Ohligsmühle oder auf dem Neumarkt, vorstellen könnten.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Die Bezirksvertretung lehnt die Veranstaltung eines Fischmarktes auf dem Laurentiusplatz ab.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit bei einer Enthaltung (Die Linke)

15 Freie Mittel

**15.1 Neumarkt - Schließung des brunnennahen Bunkerabgangs
Vorlage: VO/0137/09**

Die **SPD-Fraktion** will der Vorlage zustimmen, findet das Verhalten der Marktbesucher aber unverschämt und ist darüber tief enttäuscht.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** lehnt die Vorlage aus diesem Grund auch ab.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Die Abdeckung mit abschließendem Pflaster des brunnennahen Bunkerabgangs auf dem Neumarkt mit finanzieller Beteiligung aus BV-Mitteln in Höhe von bis zu 6.700 Euro wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 2 Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen)

15.2 Wettbewerb Schulprojekt

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Die Bezirksvertretung bewilligt den drei Grundschulen in der Elberfelder Südstadt als einzige Bewerber des Wettbewerbs für Schulprojekte den Betrag von 1.000 € aus den freien Mitteln für den Südstadtlauf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

15.3 Antrag Förderschule Hufschmiedstraße

Die **SPD-Fraktion** freut sich über die Durchführung dieses Projektes an der Hufschmiedstraße und möchte einmalig 2.000 € dafür zur Verfügung stellen.

Die **CDU-Fraktion** begrüßt dieses Projekt ebenfalls, möchte aber die Summe auf 1.000 € begrenzen und die Schule bitten, weitere Sponsoren zu suchen.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Die Bezirksvertretung bewilligt der Förderschule Hufschmiedstraße für das Projekt „Kunst und Kommunikation“ einmalig einen Betrag in Höhe von 2.000 € aus den freien Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 5 Gegenstimmen (CDU)

15.4 Antrag Evang. Kirchengemeinde Elberfeld-West

Der **Bezirksbürgermeister** erklärt, dass eine pauschale Zusatzfinanzierung einer Baufinanzierungslücke durch die BV nicht erlaubt sei.

Die **CDU-Fraktion** wäre bereit, einen Zuschuss bis zu einer Höhe von 2.000 € für Maßnahmen im Rahmen des Denkmalschutzes zu bewilligen.

Der **Bezirksbürgermeister** erwartet von der Kirchengemeinde eine ganz klare Bedarfsbegründung für eine bestimmte Summe und will ihr dies auch mitteilen.

15.5 Antrag Kleinsiedlungswettbewerb "Goldener Spaten"

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Die Bezirksvertretung stellt das Preisgeld für den Kleinsiedlungswettbewerb Goldener Spaten in Höhe von 600 € aus den freien Mitteln zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

15.6 Antrag WfW für Stadtteilprojekte

Herr Streuf relativiert den Antrag insofern, dass die Verwaltung gebeten werde zu prüfen, ob für einzelne Projekte BV-Mittel zur Verfügung gestellt werden können, für die dann ein Landeszuschuss beantragt werden könnte.

Die **Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen** sowie **Herr Hülper** können diesen Antrag nicht nachvollziehen und lehnen ihn ab.

Der **Bezirksbürgermeister** erklärt, dass Herr Dr. Slawig den Antrag, der in gleicher Form auch in die BV Elberfeld West eingebracht worden sei, eindeutig ablehne und diese Art der Finanzierung für rechtlich unmöglich halte.

Herr Nocke stellt klar, dass die Aussage in dem Antrag, die Bezirksvertretungen seien eigene Parlamente mit eigenen Haushalten, nicht zutreffe. Es gebe nur ein Haushaltsrecht; der Rat der Stadt stelle den Haushaltsplan auf und verteile in diesem Rahmen Mittel an die Bezirksvertretungen, die diese ihnen zugeteilten Mittel – die aus dem städtischen Haushalt kommen – per Beschluss weiter verteilen können. Außerdem betont er, dass es nicht darum gehe, dass Zuschüsse gestrichen worden seien. Der Stadt sei wegen der Haushaltslage die Zahlung ihres Eigenanteils in Höhe von 200.000 € für Zuschüsse in Höhe von 2 Mio.€ von der Bezirksregierung untersagt worden. Allerdings habe die Bezirksregierung auch festgestellt, dass für beantragte Zuschüsse in Höhe von 1,5 Mio.€ die Antragsunterlagen nicht vollständig gewesen seien. Das hätten die Antragsteller inzwischen auch eingeräumt.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 04.03.2009:

Der Antrag der WfW wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 2 Gegenstimmen (WfW und Die Linke)

16 Berichte und Mitteilungen

1. Situation Friedrichstraße
 - Schreiben von Anliegern an den OB
 - Antwort OB
2. Fallschutzbelag Von-der-Heydt-Platz
 - Information R Grünflächen und Forsten

Hierzu gibt der **Bezirksbürgermeister** den Hinweis, dass hinsichtlich der Art des Fallschutzes eine Verwechslung zwischen „von-der-Heydt-Park“ (Süd-stadt) und „von-der Heydt-Platz“ von der Verwaltung eingeräumt worden sei. Für das Innenstadt-Spielgerät sei nach seinem aktuellen Wissensstand eine Wiederherstellung des bisherigen Gummi-Fallschutzes vorgesehen.

3. Baumfällungen Auer Schulstraße vor VHS
 - Mitteilung R Grünflächen und Forsten

Herr Streuf bedauert diese Fällungen sehr und fragt, ob nicht doch Nachpflanzungen mit sog. Flachwurzlern vorgenommen werden könnten.

4. Orgel in der St. Laurentiuschule
- Schreiben einer Firma (weitergeleitet an das GMW)
5. Parksituation im Bereich des Platzes der Republik
- Schreiben eines Anwohners (zur Stellungnahme in der Verwaltung)
6. Beleuchtung Haspeler Brücke
- Antwort WSW

Der **Bezirksbürgermeister** bittet die Verwaltung, sich mit den WSW zwecks Optimierung der Beleuchtung in Verbindung zu setzen.

7. Beantragung freier Mittel für den Neubau Station Natur und Umwelt
- Stellungnahme der Rechtsabteilung
8. Verkehrssituation vor der Grundschule Cronenberger Straße
- Schreiben an OB
9. Veranstaltungskalender 2009
- Information R Straßen und Verkehr
10. Verkehrsinformation WSW
11. Der **Bezirksbürgermeister** berichtet über die Ortsbesichtigung an den Schulgebäuden Marienstraße und Schusterstraße mit dem GMW und der Schulpflegschaft. Zeitnah – im Jahre 2010 – stehe die Sanierung des Schulhofes Marienstraße an, die Erneuerung der Toilettenanlage sei eine deutlich größere Baumaßnahme, bei der noch kein Zeitpunkt genannt werden könne.
12. **Herr Krieglstein** regt an, die Wertstoffcontainer vor dem Aldi am Neunteich etwas weiter nach hinten – aus dem Bereich der Haltestelle heraus – zu versetzen.

Herr Lüdemann

13. stellt fest, dass an der Bergstraße gegenüber der Treppe ein Grundstück gerodet worden sei. Er bittet um Mitteilung, was dort geplant sei.
14. bittet um Prüfung, ob die Straße am Landgericht nach Martin Gauger benannt werden könne.

Herr Nocke hält dies für einen sehr guten Vorschlag und erklärt, dass das bereits in der Verwaltung geprüft werde.

15. **Herr Wallraf** berichtet, dass nach der Sanierung des Spielplatzes Am Uellenberg keine Spielgeräte für Kleinkinder vorhanden seien. Die dort wohnenden kleinen Kinder und deren Eltern wären sehr unglücklich darüber.
16. **Herr Stv. Kring** erklärt, dass der Künstler Bodo Berheide in der nächsten Sitzung der BV gerne seine Skulptur vorstellen möchte, die auf dem Platz vor dem Cinemaxx aufgestellt werden solle.